Zeitschrift: SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft

Band: 30 (1990)

Artikel: Evaluation bevölkerungspolitischer Strategien im Lichte der Frage nach der Zukunft des Staates

Autor: Fux, Beat

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-172778

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Beat Fux

Evaluation bevölkerungspolitischer Strategien im Lichte der Frage nach der Zukunft des Staates

Die Zukunft bringt in bevölkerungsmässiger Hinsicht den europäischen Staaten, somit auch der Schweiz, eine Reihe von Problemen: steigenden Immigrationsdruck, demographische Alterung, tiefe Fertilität und einen fundamentalen Wandel der Familie. In einer Langzeit-Perspektive ist eine abnehmende Bevölkerung voraussehbar. Dies ruft nach Konzepten für eine zukunftsweisende Bevölkerungspolitik. Unser Beitrag versucht auf der Basis einer Längsschnittbetrachtung, den demographischen Wandel diskursanalytisch zu erklären und daraus Strategien abzuleiten für eine adäquate Bevölkerungspolitik. Unsere theoretischen Erwägungen münden in ein Konzept, welches auf einer individuenorientierten Familien-Mitglieder-Politik aufbaut, die ergänzt durch integrative immigrationspolitische Massnahmen und eine aktivierte Entwicklungspolitik dem langfristigen sozialen und demographischen Wandel gerecht werden könnte.

L'avenir démographique des pays européens, donc de la Suisse, est porteur d'une série de problèmes: une pression croissante de l'immigration, un vieillissement de la population, une dénatalité et une modification de la structure familiale. A long terme, une diminution de la population est prévisible. Cette évolution exige des concepts pour la politique démographique des prochaines décennies. Sur la base d'une observation par classes d'âge, notre contribution tente d'expliquer – par un discours analytique – l'évolution de la population et d'en tirer des stratégies pour une politique démographique adéquate. Nos considérations théoriques débouchent sur un concept basé sur une politique familiale individualisante, qui serait conforme au développement démographique et social à long terme. Elle pourrait être complétée par des mesures d'intégration en faveur des immigrés et par une politique active de développement.

I. Einleitung

Stellt man die Frage nach der *«Zukunft des Staates»*, so darf die strukturelle Basis jedes Staates – seine Bevölkerung und deren Entwicklung – nicht ausser Acht gelassen werden. Im Gegenteil: Die Bevölkerung ist und bleibt gleichsam das Fundament, auf welchem die Veränderungen staatlich organisierter Gesellschaften begründet liegt.

Die Bevölkerung, wenn wir darunter die Summe aller Staatsangehörigen verstehen wollen, wandelt sich permanent, und diese Veränderungen stehen keineswegs ausserhalb des Bereiches, der mit den Mitteln der Politik beeinflusst oder gesteuert werden kann. Genau das meint letztlich der Terminus *«Bevölkerungspolitik»*, worunter im weiten Sinne des Wortes «die Gesamtheit der zielgerichteten Einwirkungen auf die zahlenmässige Entwicklung einer Bevölkerung und deren Altersaufbau»[1] zu subsumieren wären.

Die Reflexion auf die Möglichkeiten und Grenzen *strukturgestaltender Rahmensteuerung von Bevölkerungsverläufen* erachten wir konsequenterweise als eine permanent gestellte gesellschaftspolitische Aufgabe, eine, die umso mehr der wissenschaftlichen Erörterung bedarf, als Bevölkerungspolitik über lange Zeiträume ein tabuisierter Wissens- und Politikbereich war und politischen Akteuren häufig nur gerade Anlass bot zu vagen und kurzfristigen Anpassungsstrategien an Bevölkerungsprozesse. Die Frage nach der demographischen Zukunft (europäischer) Staaten erfordert indes *Modelle zur Erklärung* demographischer Vorgänge und *Konzepte* für eine rationale und zielorientierte langfristige Bevölkerungssteuerung. Dieser Beitrag ist bestrebt, ein mögliches Modell zu begründen und im Grundriss vorzustellen.

Bevölkerungspolitik im oben erwähnten Sinne kann nicht losgelöst werden vom Wandel der Institution *Familie* und damit auch nicht vom Thema *Familienpolitik*. Denn es sind die Miriaden von Einzelentscheidungen, welche sich im Aggregat als Bevölkerungsvorgänge erkenntlich machen, und ein Grossteil dieser Entscheidungen über Heirat, Geburt, Wanderung oder Tod finden innerhalb familialer Sozialsysteme statt. Der Ausgang solcher Entscheidungen wiederum hängt davon ab, ob und unter welchen *strukturellen und kulturellen Spannungen* die Familie steht – nota bene eine vielgestaltige Institution –, und welche strukturellen und kulturellen Konflikte von einzelnen Familienmitgliedern ausgehalten werden müssen. Die Entlastung von strukturellen und kulturellen Zwängen birgt die Voraussetzung, dass familiale Entscheidungen frei und verantwortet gefällt werden. Diese Voraussetzungen zu schaffen, wäre Aufgabe und Pflicht einer Familienpolitik in bevölkerungssteuernder Absicht.

Erst in rezenter Zeit, seit Mitte der 60er Jahre, haben der in beinahe allen Industrienationen beobachtbare *Geburtenrückgang* und das Absinken der Fertilität unter *das Reproduktionsniveau*,[2] wie das seit etwa Mitte der 70er Jahre und bis in die Gegenwart der Fall ist, der bevölkerungspolitischen Thematik eine zuneh-

1 Max Wingen, *Grundfragen der Bevölkerungspolitik*, Stuttgart 1975, S. 118.
2 also unter eine Netto-Reproduktions-Rate von 1.00.

mende Beachtung und Relevanz beschert. Zur Illustration: Die Netto-Reproduktions-Rate[3] der Schweiz belief sich 1985 auf .726, jene der Bundesrepublik gar auf .601, was anzeigt, dass unter gegebenen Bedingungen der langfristige Bestand jetziger Bevölkerungszahlen in diesen Ländern nicht gewährleistet ist.

Die Thematisierung der Bevölkerungspolitik insbesondere in der interdisziplinären wissenschaftlichen Diskussion koinzidiert somit mit der Wahrnehmung einer demographischen Trendwende, welche überdies mit einem tiefgreifenden Wandel der Institution Familie parallelläuft. Wurden in Europa während der ersten beiden Jahrzehnte nach 1945 die Zuwachsraten der Bevölkerung als «unproblematisch» erachtet, so lassen die im Gang befindlichen langfristigen Bevölkerungsprozesse für die Zukunft dieser Staaten eine doppelte Problematik erahnen: *Langfristig abnehmende Bevölkerungen* einerseits, die *Verschiebung der Altersstruktur* im Sinne eines inskünftig zunehmenden Anteils alter Menschen (über 65jährige) gemessen an der Gesamtbevölkerung andererseits. Letztere wird als demographische Alterung bezeichnet.

Die Antizipation dieser Probleme darf nicht übersehen lassen, dass das bewusste und reflektierte Einwirken auf den Bevölkerungsprozess verglichen mit anderen Politikbereichen *kurzfristig* wirkungsarm ist. Das heisst in anderen Worten, dass demographische Prozesse bezüglich politischer Eingriffe über eine *Trägheit* verfügen, welche die Überprüfung von Wirkungspfaden und die empirische Quantifizierung der Auswirkungen schwierig gestaltet, weil die Wechselwirkungen zwischen Bevölkerungsvorgängen und -politiken mit wirtschaftlichen, sozialen und/oder kulturellen Prozessen in Beziehung stehen. Wissenschaftliche Aussagen über demographische Langfrist-Prozesse beruhen ferner auf Analysen und Prognosen, welche selbst wieder auf *Wertannahmen* fussen, über die innerhalb der «scientific community» kaum Konsens besteht. Als Beleg für diese Unsicherheit in deren Beurteilung sei nur an die Geschichte der Bevölkerungsvoraussagen erinnert, die im nachhinein fast als eine Geschichte permanenter Fehlprognosen rekonstruiert werden könnte.[4]

In diesem Beitrag soll zweierlei versucht werden: Es geht darum 1) auf der Grundlage soziodemographischer und theoretischer Überlegungen eine *Typologie* bevölkerungspolitischer Strategien zu entwickeln und 2) daraus ein *Konzept* für eine bevölkerungspolitische Rahmensteuerung zur Diskussion vorzuschlagen, welches die langfristigen Entwicklungen, aber auch die antizipierbaren künftigen Pro-

3 Es ist dies der Schätzwert für das Ausmass, in dem eine Gruppe von Frauen einer tatsächlichen Bevölkerung sich reproduzieren wird, vorausgesetzt, dass die bestehenden Fertilitäts- und Mortalitätsbedingungen unverändert fortbestehen werden.

4 Wilhelm Bickel, «Zur neueren Entwicklung der ehelichen Fruchtbarkeit und Fruchtbarkeitsunterschiede in der Schweiz», *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 1958*, S. 440–458, insbesondere S. 440 und 458; Kurt Mayer, *Bevölkerungslehre und Demographie*, Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 4, Komplexe Ansätze, Stuttgart 1974, S. 1–50, insbesondere S. 28; Christine Wattelar, *General Review of the Demographic Situation and Trends in Europe*, Strasbourg 1982, S. 1–68, insbesondere S. 24; United Nations, «Les perspectives d'avenir de la population mondiale évaluée en 1973», *Etudes démographiques Nr. 60, New York 1979*, S. 107–108 und 110–111.

zesse in Bevölkerung und Familie adäquat berücksichtigt. Diese Aufgabenstellung verlangt vorab, dass die Ziele offen deklariert werden, welche mit den Mitteln einer bevölkerungspolitischen Rahmensteuerung überhaupt und vernünftigerweise anvisiert werden können und sollen.

Unsere Erwägungen stützen sich auf folgende Hypothesen:

1. Die demographische Entwicklung wird inskünftig eine *Verschärfung der Bevölkerungsproblematik* verursachen zufolge a) eines steigenden Immigrationsdrukkes, der bis in die Mitte des 21. Jahrhunderts fortbestehen dürfte, b) der Verschiebung der Altersstruktur im Sinne der demographischen Alterung, c) des anhaltend tiefen Fertilitätsniveaus, das gemessen am Ist-Zustand bestenfalls leicht zunehmen wird und d) des tiefgreifenden Wandels der Institution Familie.

2. Eine *offensive Entwicklungspolitik* entlastet den *Immigrationsdruck,* a) weil durch die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen in der Dritten Welt der Prozess der Geburtenbeschränkung beschleunigt wird und b) weil durch die Beseitigung weltwirtschaftlicher Fesseln das Interesse an der Auswanderung aus Entwicklungsländern abnimmt.

3. Die *Immigration* von Menschen im erwerbsfähigen Alter bewirkt a) die *Verlangsamung des Alterungsprozesses* in den Einwanderungsstaaten, was b) indirekt die politische Lösung ökonomischer und sozialpolitischer Folgen abnehmender Bevölkerungen erleichtert.

4. Der historisch erklärbare *Wandel der Familie schliesst* ein *starkes Ansteigen der Fertilität* (als einer familialen Funktion) *aus.*

5. Der familiale Wandel verursacht *Spannungen,* die angesichts der Abfolge der Bevölkerungsweisen durch *familienmitglieder-orientierte politische Massnahmen entschärft* werden. Dies gilt insbesondere, wenn entsprechende Einrichtungen es Frauen ermöglichen, sich von normativ sanktionierten Rollenzuschreibungen zu emanzipieren.

6. Weil familiale Spannungen eine *Polarisierung* generativer Verhaltensmuster verursachen, begünstigt die *Beseitigung familialer Spannungen* im Übergang zur partnerschaftlichen Familie ein moderates Ansteigen der Fertilität (bis ungefähr auf das Reproduktionsniveau).

7. *Je geringer die familialen Spannungen,* desto eher wird die *Migrationspolitik* als ein bevölkerungspolitisches Instrument *akzeptiert.*

Unser Beitrag – er versteht sich eher als theoretischer Grundriss denn als umfassende empirische Studie – gliedert sich wie folgt: Wir erörtern zunächst das bevölkerungspolitische *Ziel* einer stationären oder langfristig moderat abnehmenden Bevölkerung. Diese Zielsetzung wird in den Rahmen der schweizerischen bevölkerungspolitischen Diskussionen eingebettet (II). Hierauf werden die langfristigen *Entwicklungen der Komponenten* der Bevölkerungsbewegung und des familialen Wandels untersucht und theoretisch erklärt (III). Auf dieser Basis lassen sich *bevölkerungspolitische Strategien* typologisieren (IV) und mit *ländertypischen Er-*

fahrungen in Zusammenhang bringen (V). Der Beitrag wird beschlossen mit einem Versuch, in resumierender Absicht und aus der Sicht der Schweiz, ein bevölkerungspolitisches *Szenario* zu formulieren (VI).

II. Nullwachstum oder moderater Bevölkerungsrückgang als langfristiges bevölkerungspolitisches Ziel

Für europäische Staaten allgemein und die Schweiz im besonderen erwägen wir als langfristige *Zielsetzung*, die vernünftigerweise mit den Mitteln der Bevölkerungspolitik angestrebt werden kann, ein *Nullwachstum* der Bevölkerung («zero-population growth»), allenfalls einen *moderaten Bevölkerungsrückgang*, sowie ein *möglichst bescheidenes relatives Anwachsen des Rentneranteils*. Diese Zielvorstellung lässt sich auch umschreiben als ein möglichst geringes Abweichen von einem langfristig stationären Gleichgewicht zwischen Fertilität und Mortalität einesteils und von einem stationären Gleichgewicht im Altersaufbau andernteils. Bei Verzicht auf bevölkerungspolitische Gegensteuerung ist zu erwarten, dass beide Teilziele nicht eintreffen werden. Je nach Bevölkerungsprognose, auf die man sich abstützt, ist für die Schweiz von der Jahrtausendschwelle an oder ab 2030 ein Bevölkerungsrückgang zu gewärtigen.[5] Und je nach Projektion wird der demographische Alterungs-Prozess der Schweiz ein Anwachsen des geschätzten Anteils der über 65Jährigen von 14% im Jahr 1980 auf zwischen 16% und 17% im Jahr 2000 oder zwischen 21% und 28% im Jahr 2040 bringen.[6]

Damit sich ein stationärer Zustand einstellen kann, bedarf es als Voraussetzung, dass die Fertilität über eine längere Phase bei einer Netto-Reproduktions-Ziffer[7] von ca. 1.00 liegt. Bekanntlich ist diese Voraussetzung in Europa seit anderthalb Jahrzehnten nicht gegeben (vgl. Abb. 1). Weil sich das Konzept des Null-Wachstums auf *geschlossene* Bevölkerungen bezieht, gilt es zu erwägen, dass Abweichungen der NRZ vom angezielten Wert durch Wanderungsgewinne ausgeglichen werden können. Ebenso wirken sich Migrationsbewegungen auch auf den Altersaufbau der Bevölkerung korrigierend aus (korrigierend im Sinn besagten stationären Gleichgewichtes).

Als Gründe für die Wahl dieser Zielvorstellung kann ins Treffen geführt werden,

5 Gemäss den Bevölkerungsprognosen des Bundesamtes für Statistik, das verschiedene Varianten berechnet hat, wird im Fall einer *tiefen* Fertilität mit einem Bevölkerungszuwachs von 1,5 Prozentpunkten zwischen 1980 und 2000 gerechnet. Ab ca. 2010 wird bezogen auf das Jahr 1980 in der gleichen Variante ein rascher Rückgang auf 93,6% im Jahr 2020, 86,6% im Jahr 2030 und 78,1% im Jahr 2040 erwartet. Bei der Variante *mittlere* Fertilität wird die Bevölkerungszahl von 1980 ab dem Jahr 2030 unterschritten werden und 2040 auf 91,1% absinken. Einzig die Variante *hohe* Fertilität würde ab ca. 2060 eine stationäre Bevölkerung auf einem Stand von rund 6 Millionen voraussehen lassen. Zitiert nach: Kommission Bevölkerungspolitik (Hsg.), *Sterben die Schweizer aus?* Die Bevölkerung der Schweiz: Probleme, Perspektiven, Politik, Bern und Stuttgart 1985, S. 135.

6 François Höpflinger, «Sozialer Wandel und soziale Sicherheit», *unizürich Nr. 6 (1989)*, S. 15.

7 Im Unterschied zur Netto-Reproduktions-Rate (NRR) handelt es sich bei der Netto-Reproduktions-Ziffer (NRZ) nicht um Schätzwerte, sondern um «echte» Zahlen.

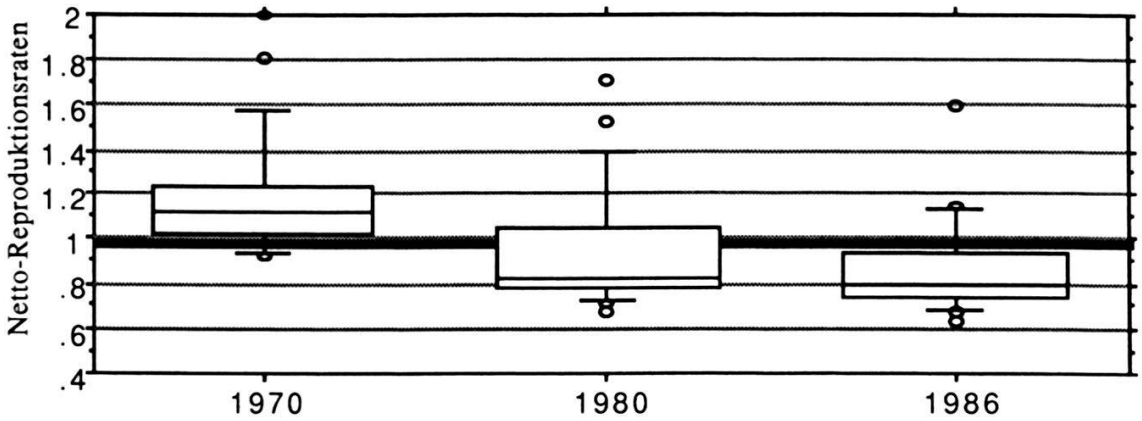


Abbildung 1: Verteilung der Netto-Reproduktions-Raten in den Europarats-Staaten (ohne Liechtenstein), 1970–1986

1. dass dieses Ziel den *ökologischen* Bedingungen am ehesten angemessen ist, sowohl was den weltweiten Ressourcenverbrauch angeht wie im Hinblick auf die Umwelt-Bedingungen,
2. dass diese Zielsetzung ferner den *ökonomischen* Entwicklungen und Standards nicht abträglich zu sein scheint,
3. dass ein stationäres Gleichgewicht ausserdem die *sozialen* Voraussetzungen für ein möglichst friktionsarmes und menschenwürdiges Zusammenleben bei gleichzeitig grösstmöglichen individuellen Handlungsspielräumen und personalen Entwicklungschancen garantiert und
4. dass dieses Ziel am ehesten Gewähr dafür bietet, dass die zu gewärtigenden *sozialpolitischen* Folgeprobleme bloss in einem solchen Ausmass zunehmen, dass sie ohne allzu einschneidende Beschränkung individueller und familialer Freiheiten politisch gemeistert werden können.

Im Vergleich zu diesem Ziel würde ein intendiertes langfristiges Bevölkerungswachstum vor allem zu gravierenden ökologischen und sozialen Problemen, ein angestrebtes Minus-Wachstum vor allem zu gravierenden ökonomischen und sozialpolitischen Problemen führen.

Trotz dieser Einschätzung muss erwähnt werden, dass zumindest in der schweizerischen Diskussion dieses Ziel nicht konsensfähig erscheint. In jüngerer Zeit haben sich insbesondere zwei Gruppierungen Gehör verschaffen können mit Zielsetzungen, welche von unseren Erwägungen in wichtigen Punkten abweichen. In ihrer Schrift «Sterben die Schweizer aus?» hat die Kommission Bevölkerungspolitik der schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft die antizipierte «schwere demographische Krise»[8] zum Anlass genommen, um ein natalistisches bevölkerungspolitisches Szenario zu umreissen. Nach Ansicht der Autoren

8 Kommission «Bevölkerungspolitik», *a.a.O.*, S. 29.

gilt es, das erwartete Defizit von 26000 Geburten durch Propagierung einer neuen vier-Kinder-Norm auszugleichen. Dieses Ziel erst würde auf lange Sicht eine stationäre Bevölkerung ermöglichen. Ambros Lüthi[9] kritisiert dieses Szenario dahingehend, dass die Kommission «Bevölkerungspolitik» das deskriptive Modell des «demographischen Übergangs» fälschlicherweise zum allgemeingültigen Gesetz macht und damit Gefahr läuft, die Wirlichkeit den Prognosen anzupassen, welche erst aufgrund des Modells entstanden.

Konträr zum Szenario der Autoren vom «Sterben die Schweizer aus?» ist die Zielsetzung und bevölkerungspolitische Konzeption der schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen (SAfB), welche in ihrer Schrift: «Grundlagen für eine Schweizerische Bevölkerungspolitik»[10] aus vorwiegend ökologischen Erwägungen eine Übernutzung des Lebensraums Schweiz feststellt. Der Geburtenrückgang seit 1965 wird als dringend erforderliche Entwicklung und als möglicherweise natürliche Reaktion auf die zunehmende Enge in unserem Land erklärt.[11] Das bevölkerungspolitische Ziel der SAfB lautet demzufolge: «einen Stand der Bevölkerung zu erreichen, der es den Bewohnern in einem gegebenen Gebiet gestattet, ohne Schädigung der Natur auf unbegrenzte Dauer menschenwürdig zu leben, und der es ihnen ermöglichen würde, bei weltweiten Ernährungsengpässen innerhalb der eigenen Grenzen wenigstens für sich genügend Lebensmittel zu produzieren.... Auf die Verhältnisse in der Schweiz angewendet bedeutet dies, dass ... eine Verminderung der Bevölkerungszahl anzustreben ist.»[12] An der bevölkerungspolitischen Konzeption der SAfB lässt sich die *statische* Betrachtungsweise kritisieren, die darin mündet, dass eine «optimale Bevölkerungszahl»[13] angesteuert werden soll. Der problematische Begriff des Bevölkerungsoptimums versucht die Bevölkerungsgrösse idealtypisch auf ein jeweils momentanes wirtschaftliches Produktivitätsniveau zu beziehen. «Bei dem gegenwärtigen Stand des Wissens kann der Begriff des Optimums jedoch nicht in präziser Weise empirisch gefasst und auch nicht als Instrument praktischer Bevölkerungspolitik benützt werden, dies trotz der verheissungsvollen Terminologie.»[14]

An der Konzeption der SAfB lässt sich ferner die Reduktion auf *ökologische Argumente* bemängeln. Damit geht überdies ein *nationalistisches* Abschottungskalkül einher.

Versucht man diese kritischen Einwände gegen beide Konzeptionen zu berücksichtigen, so muss zunächst auf den langfristigen Bevölkerungs*wandel* sowie auf die *Wandlungen* der Institution Familie Bezug genommen werden. Wir diskutieren im folgenden Abschnitt die langfristigen Entwicklungen und Projektionen der drei

9 Ambros Lüthi, *Die postindustrielle demographische Transformation: Ein Modell der demographischen Zukunft der Schweiz?*, Freiburg/Schweiz 1986, S. 8.

10 Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen (Hsg.), *Grundlagen für eine Schweizerische Bevölkerungspolitik*, Zollikofen 1981.

11 Vgl. dazu auch Ambros Lüthi, *a.a.O.*, S. 3.

12 Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen, *a.a.O.*, S. 41.

13 Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen, *a.a.O.*, S. 22f.

14 Kurt Mayer, *a.a.O.*, S. 21.

Komponenten Migration, Mortalität und Fertilität und integrieren diese in einen Ansatz zur Erklärung familialen Wandels.

III. Bevölkerungstrends und ein Modell des demographischen und familialen Wandels

Gerhard Mackenroth hat in seinem grundlegenden Wert über die «Bevölkerungslehre»[15] die Migration, Mortalität, Fertilität und Nuptialität als jene Komponenten erkannt, welche die generative Struktur oder *Bevölkerungsweise* einer Gesellschaft bestimmen. Die Art, wie sich die statistischen Werte dieser Elemente in der jeweiligen historischen Wirklichkeit kombinieren, «unterliegt ... einer *soziologischen Strukturgesetzlichkeit* ... Wir können diese Strukturen als Ganzes wie auch die Elemente mit anderen Bereichen des Sozialprozesses in eine Beziehung setzen oder aus seinem Insgesamt soziologisch verstehen, aber wir können sie nicht logisch oder kausal folgern».[16] Aufgabe des folgenden Abschnittes ist es, die zentralen langfristigen Tendenzen dieser Komponenten herauszuarbeiten, was uns erlaubt, eine *dynamische* Theorie der Bevölkerung und der Bevölkerungspolitik vorzuschlagen.

1. Migration

In sämtlichen europäischen Staaten hat sich das Muster des *demographischen Übergangs* beobachten lassen, also das Absinken der (Kinder)sterblichkeit und das zeitlich verzögerte Zurückgehen der Fertilität. Nach den Untersuchungen von Coale und Watkins variiert aber innerhalb dieser Staaten der Zeitpunkt ihres Eintretens in die Phase der Transition, welche ein ungeheures Bevölkerungswachstum produzierte, um mehr als 130 Jahre. Während das Eintrittsdatum Frankreichs in diese Phase seiner Bevölkerungsgeschichte ca. um 1800 anberaumt wird – Frankreich gilt als absoluter Vorreiter in diesem Prozess – begann in Irland, als letztem europäischen Land, der Übergang erst 1929. In der Schweiz setzte ein gleichartiger Vorgang um 1885 ein, in der gleichen Dekade, wie er sich auch in Belgien (1882), Deutschland (1890) oder Ungarn (ca. 1890) bemerkbar machte.[17]

Das rasche Bevölkerungswachstum verursachte in der Folge bedeutende interkontinentale Wanderungen. «Nach 1850 ... nahm die interkontinentale Migration explosionsartig zu, wobei die Europäer ein enormes Übergewicht erhielten. Zwi-

15 Gerhard Mackenroth, *Bevölkerungslehre, Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung*, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1953.

16 Gerhard Mackenroth, *a.a.O.*, S. 111.

17 Ansley J. Coale und Susan Cotts Watkins (Hsg.), *The Decline of Fertility in Europe*, Princeton, New Jersey 1986, S. 393f sowie S. 412ff.

schen 1800 und 1960 emigrierten 61 Millionen Europäer. Die meisten, 41 Millionen oder 70%, gingen nach Nord-Amerika.»[18] Die wirtschaftliche Vormachtstellung der alten Welt vor den Übersiedlungs-Territorien begünstigte die Verdrängung der autochthonen Bevölkerung durch die Einwanderer. Von einer Assimilation oder Integration kann dabei kaum gesprochen werden. Dies besagt, dass Europa seinen transitionsbedingten «Bevölkerungsboom» exportiert hat.

In vielen Ländern der Dritten Welt sind heute Prozesse im Gange, die mit dem demographischen Übergang in Europa viele Gemeinsamkeiten haben. Ohne dadurch das Verlaufsmuster des zeitverschobenen Absinkens von Mortalität und Fertilität zum Gesetz erklären zu wollen, deutet sich in jenen Regionen, in denen die Kindersterblichkeit vergleichsweise früh zurückging, heute ein Abflachen der Geburtenziffern an. Ein starkes Indiz dafür ist die Tatsache, dass seit dem Jahrfünft 1960–65 die zusammengefasste Geburtenziffer[19] aller Entwicklungsländer von 6.1 auf 4.1 Kinder im Jahrfünft 1980–85 sank. Von den geopolitischen Regionen weist einzig Afrika bislang keine entsprechende Veränderung der Fertilitätsraten aus.[20] Verschiedene Autoren nehmen an, dass die Weltbevölkerung ab Mitte des kommenden Jahrhunderts in einen stationären Zustand bei einer Bevölkerung von ca. 10 Milliarden eintreten wird.[21] Unterstellt man dies und berücksichtigt ferner a) die strukturelle Ungleichheit und das Wirtschaftsgefälle zwischen der ersten und der Dritten Welt sowie b) die Tatsache, dass sich die Leitideen der französischen Revolution immer mehr zu universalen Orientierungshorizonten entwickeln, dann erscheint ein langfristiger und auf Dauer zunehmender *Migrationsdruck* aus der Dritten Welt nach Europa als evident. Verständlich werden aus diesem Spannungsgefüge heraus auch defensiv nationalistische Abschottungstendenzen in den europäischen Staaten, die mitunter zu xenophoben Artikulationen führen.[22]

In *bevölkerungspolitischer* Hinsicht gilt es zu bedenken, dass der Migrationsdruck, der unterschiedliche Ausformungen annehmen kann (Arbeitsmigrationen, Asylproblematik, Flüchtlingsproblematik) zwar ein langfristig virulentes, aber letztlich doch *temporäres Phänomen* ist, das ab Mitte des 21. Jahrhunderts an Brisanz verlieren dürfte. Vorderhand wird er der Welt aber ökologische, ökonomische und soziale Schwierigkeiten bescheren. *Nationalistische Dissoziationspolitiken* erscheinen in diesem Licht als eine bevölkerungspolitische Strategie, welche sich der Lösung dieser Problematik verschrieben hat. Gerade in diesem Bereich sollten

18 Piet Emmer, «Migration und Expansion. Die europäische koloniale Vergangenheit und die interkontinentale Völkerwanderung», *Reformatio*, 3 (1989), S. 184.

19 auch ‹Index der Gesamtfertilität› oder ‹synthetische Fruchtbarkeitsziffer› genannt.

20 Emil Valkovics, *Population Ageing in Perspective; Past and Future trends*, Vortrag gehalten an der International Population Conference on Ageing of Population in Developed Countries: Causes, Consequences and Policies, Prag 3–7 Juli 1989, mimeo, S. 33.

21 Klaus M. Leisinger, *Hoffnung als Prinzip, Analysen und Thesen zum Bevölkerungswachstum*, Zürich 1989, S. 7.

22 Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny, «Weltmigration – eine soziologische Analyse», Walter Kälin und Rupert Moser (Hsg.), *Migrationen aus der Dritten Welt, Ursachen und Wirkungen*, Bern 1989, S. 29–40.

weitere Strategien nicht ausgeblendet werden. *Offensive Entwicklungspolitik*, welche über die Verringerung des Entwicklungsgefälles, durch Sicherung individueller Grundbedürfnisse (Ernährung, Gesundheit, Ausbildung und Wohnen) und ergänzt durch Familienplanungsprogramme die Geburtenhäufigkeiten verringern, wäre eine weitere. Eine kürzlich publizierte Studie der UNICEF konnte verdeutlichen, dass in sämtlichen untersuchten Populationen die Fertilität in dem Mass zu sinken begann, in welchem die Grundversorgung der Bevölkerung gewährleistet und die Ausbildung, insbesondere jene der Frauen, verbessert wurde.[23] Eine dritte Strategie wäre es, wenn innerhalb der Industrienationen selbst mit politischen Massnahmen die Akzeptanz der *Assimilation und Integration* von Immigranten gezielt gefördert würde.

Wir erwarten, dass eine forcierte Entwicklungspolitik ergänzt durch integrationspolitisches Engagement den Migrationsdruck wirkungsvoller zu steuern vermag, als dies bei defensiven Migrationspolitiken der Fall ist.[24]

2. Mortalität

Innerhalb der europäischen Staaten haben sich die Kindersterblichkeitsziffern seit 1950 mit einer sehr kleinen Streuung zwischen den Ländern auf einem Niveau unter 10 Todesfällen auf 1000 Lebendgeburten stabilisiert.[25]

Andererseits – und nicht unabhängig vom Rückgang der Kindersterblichkeit – dehnte sich die Lebenserwartung aus, wenngleich in unterschiedlichem Ausmass bei Männern und Frauen, sowie zwischen den Staaten Nord- und Südeuropas. Tendenzmässig hat sich aber die Spannbreite zwischen den Staaten Europas verringert. Im westeuropäischen Durchschnitt verlängerte sich die Lebenserwartung bei der Geburt von 67 Jahren anno 1950 auf 73 Jahren anno 1980.[26] In der Schweiz betrug die Lebenserwartung bei der Geburt 1985/86 73,6 Jahre für Männer und 80,3 Jahre für Frauen.[27] Es kann angenommen werden, dass gleich wie die Kindersterblichkeit auch die Lebenserwartung in ihrem langfristigen Verlauf die Form einer logistischen Funktion (liegendes «s») beschreibt. Eine über lange Zeit hohe Kindersterblichkeit flacht nach einer Phase raschen Rückgangs wiederum ab; die

23 Klaus M. Leisinger, *a.a.O.*, S. 17.

24 Die interdepartementale Strategiegruppe EJPD/EDA/EVA hat in ihrer Publikation *Strategie für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der 90er Jahre*, Bern 1989, eine solche defensive Migrationspolitik umrissen. Bezüglich den Entwicklungen in Europa vgl.: Rinus Penninx, «International migration in Europe: developments, mechanisms and controls», Herwig Birg, Rainer Mackensen und Dirk Jan van de Kaa (Hsg.), *Demographische Wirkungen politischen Handelns*, Frankfurt und New York 1990.

25 Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny & Beat Fux, *Present Demographic Trends*, Strasbourg 1990, S. 10 und Graphik 6.

26 Christine Wallelar, *a.a.O.*, S. 27.

27 Council of Europe, *Recent demographic developments in the member states of the Council of Europe*, Strasbourg 1988, S. 106.

während einer langen Phase tiefe Lebenserwartung durchläuft eine Phase mit grossen Zuwachsraten, die später wieder abflachen.

Weiter lässt sich mit zunehmendem Alter zwischen den Geschlechtern eine markante Übersterblichkeit der Männer feststellen, was insbesondere im Hinblick auf mögliche sozialpolitische Folgen von Belang ist. Die steigende Lebenserwartung ist neben dem Geburtenrückgang der bedeutendste Faktor für die Verschiebung des Altersaufbaus westlicher Gesellschaften.[28] Falls sich die Hypothese bewährt, dass auch die Staaten der Dritten Welt dem Verlaufsmuster des demographischen Übergangs folgen werden, ist eine Überalterung auch dieser Gesellschaften zu gewärtigen.[29]

Die relevanten Strategien, mit welchen der Alterungs-Problematik begegnet werden kann, wären zunächst bei der *Gesundheitspolitik* zu vermuten. Bedenkt man die wachsende Kritik an hochtechnisierten Methoden der Medizin oder das Aufkommen von Organisationen wie EXIT oder ähnlichen, deutet sich heute an, dass auf einer normativen Ebene die soziale Erwünschtheit einer stetigen Verlängerung des Lebens um jeden Preis, und damit im Aggregat auch der Verlängerung der Lebenserwartung, zu verblassen beginnt. Dies trägt zur Entschärfung der Alterungsproblematik bei. Weitere Strategien setzen bei der *Sozialpolitik* an, wenn etwa durch politische Neudefinition und Anpassung der Rentenalter, legitimiert mit der Veränderung der Relation von Lebensarbeitszeit und arbeitsfreiem Lebensabend, die Folgen der Überalterung reduziert werden sollen.[30] Weitere Strategien wären bei *migrationspolitischen* Bestrebungen zu vermuten, wo über den Zustrom junger Menschen im Erwerbsalter die Alterung kompensiert werden soll oder wenn mittels pronatalistischer *Familienpolitik* eine fertilitätsbedingte Verjüngung im Altersaufbau zuwege gebracht werden soll.

Versucht man die sozialen Konsequenzen von Migrationsdruck und Alterung zu vergleichen, so dürfte als unerwünschter Effekt der Verschiebung im Altersaufbau die wachsende sozialpolitische Belastung herausragen. Dabei gilt es indes auch sozialpolitische Entlastungen zu bedenken. Wenn als Folge der Technologisierung in den Industrienationen mit einer zunehmenden Arbeitslosigkeit gerechnet wird,[31] so dürfte der alterungsbedingte Rückgang des Erwerbstätigenanteils der Gorzschen Hypothese entgegenwirken. Ferner darf das Segment der alten Menschen als Konsumentenkategorie nicht unterschätzt werden. Weiterhin kann dieses Bevölkerungssegment, sofern es vermehrt in die intergenerationelle familiale Selbsthilfe einbezogen wird, auch hierin das Sozialbudget des Staates entlasten.

Im Vergleich mit dem Migrationsdruck dürfte die Alterungsproblematik insgesamt weniger gravierende Auswirkungen haben.

28 Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny und Beat Fux, *a.a.O.*, S. 7.

29 Emil Valkovics, *a.a.O.*

30 Paul Paillat, *Old Age and Population Ageing: The European Experience*, Vortrag gehalten an der International Population Conference on Ageing of Population in Developed Countries: Causes, Consequences and Policies, Prag 3–7 Juli 1989, mimeo.

31 André Gorz, *Abschied vom Proletatiat: Jenseits des Sozialismus*, Frankfurt 1980.

3. Fertilität

1984 hat Hans Linde seine «Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800 bis 2000»[32] vorgelegt, wo er mit den komplexen Erklärungsansätzen a) des demographischen Übergangs, b) der Modernisierungstheorie im Sinne einer Theorie der Verhaltensrationalisierung generativen Verhaltens sowie c) Bevölkerungstheorien, welche das generative Verhalten aus dem Industriesystem erklären, kritisch ins Gericht geht. Seinerseits versucht Linde den langfristigen Fertilitätsrückgang zu erklären als Dimension des inneren Strukturwandels und institutionellen Funktionsverlustes von Ehe und Familie. Die Funktionstransfers zwischen Staat und Familie gilt es in ihrem Zusammenhang mit dem soziostrukturellen und makrokulturellen Wandel der Gesellschaft zu bedenken. Weil solche Funktionsverschiebungen zugleich auch Transfers von Spannungen oder Konflikten sind, lässt sich dieser Sachverhalt zur Grundlage für eine *diskursanalytische* Betrachtung von Bevölkerungsweise und Bevölkerungspolitik nehmen, wie wir dies im Abschnitt IV skizzieren werden.

Der Ansatz von Linde scheint uns deshalb von Interesse, weil er die säkulare Tendenz zur Nachwuchsbeschränkung erklärt durch historisch *sukzessiv* wirksam werdende Faktoren, so: 1) der *Ausgliederung der Erwerbstätigkeit* aus dem Familienhaushalt, 2) dem Ausbau *sozialer Sicherheitssysteme*, 3) der aus den Erfordernissen der kapitalintensiven Massenproduktion unter Konkurrenzbedingungen resultierenden *Überflutung* der Individuen mit *Konsumofferten*.[33]

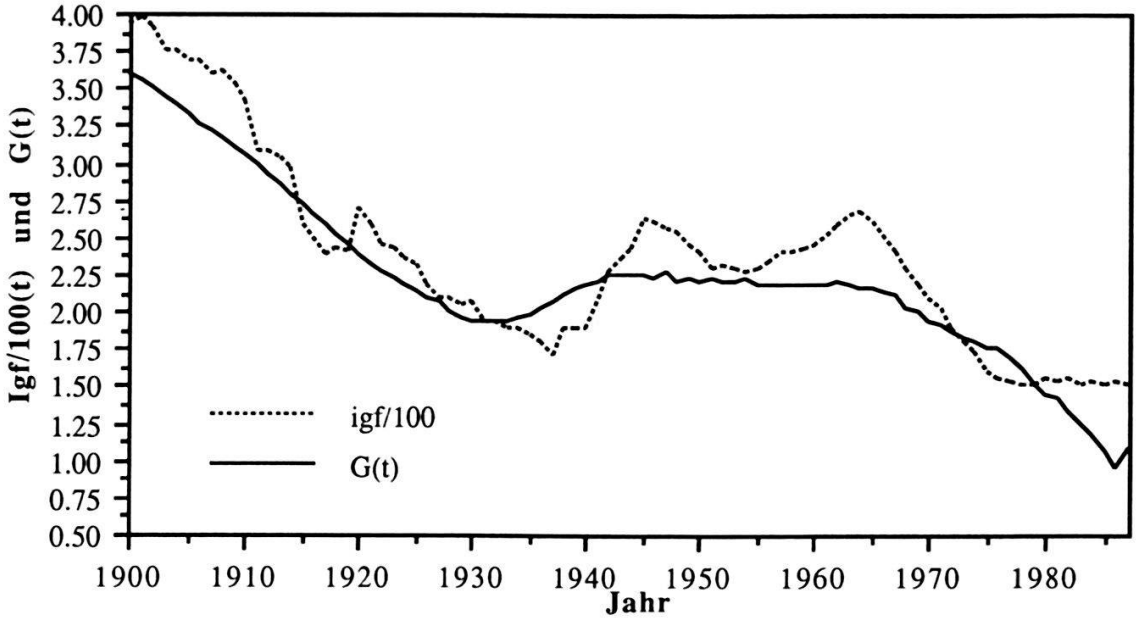
Linde deutet die langfristige Geburtenbeschränkung demnach als komplexes Wechselspiel zwischen soziostrukturellen Verhältnissen, etwa den Rollen von Individuum, Familie und Staat in dieser *Makrostruktur*, den kollektiven Deutungen dieser Verhältnisse *(Makrokultur)* sowie den Wahrnehmungs- und Handlungsmustern dieser Verhältnisse durch die einzelnen Individuen.

Aus seinem Ansatz lassen sich in bevölkerungspolitischer Hinsicht und bezogen auf die Entwicklung der Fertilitätskomponente drei Aspekte ableiten:

1. Es gilt den Geburtenrückgang als *säkulares Phänomen* zu begreifen (vgl. Abb. 2). Der Rückgang der Fertilität, auf mikrosoziologischer Ebene der Rückgang der Kinderzahl je Frau oder Familie von ca. 4 Kindern um 1900 auf gegenwärtig weniger als 2 Kinder, ist ferner in *sämtlichen* europäischen Staaten beobachtbar. Je nach makrostruktureller Situation und makrokulturellen Traditionen schliesst das beträchtliche zeitliche Unterschiede zwischen Staaten nicht aus. Dieser säkulare Bevölkerungsprozess ist überdies ein Vorgang, der *nicht linear* verläuft. Er kann durch Phasen der Intensivierung respektive Retardierung charakterisiert werden. Unser diskurstheoretischer Ansatz versucht diese Phasierung zu erklären.

32 Hans Linde, *Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800 bis 2000*, Frankfurt und New York 1984.

33 Hans Linde, *a.a.O.*, S. 166. Vgl. auch: Franz-Xaver Kaufmann, «Sozialpolitik und Bevölkerungsprozess», Herweg Birg, Rainer Mackensen und Dirk Jan van de Kaa (Hsg.), *a.a.O.*



Quelle: Fux 1989, (igf/100 = zusammengefasste Geburtenziffern, G(t) = Kohortenfertilität)

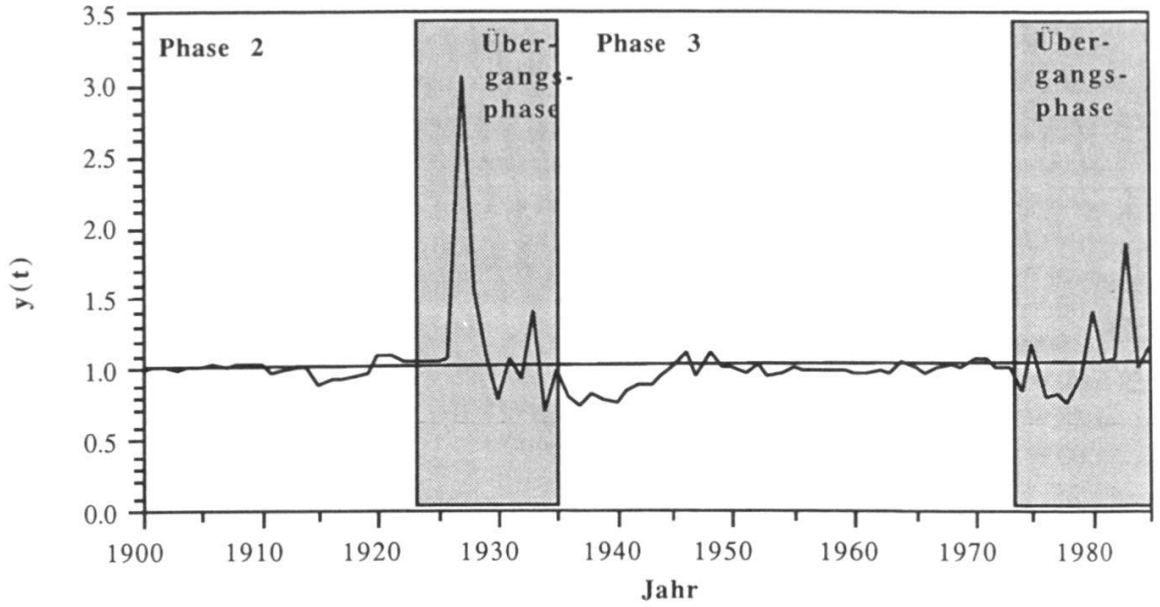
Abbildung 2: Zusammengefasste Geburtenziffern und Kohortengesamtfertilität in der Schweiz 1900 bis 1987

2. Die säkulare Nachwuchsbeschränkung ist ein *nicht umkehrbarer* Vorgang. Die Propagierung einer neuen 4-Kinder-Norm scheint aus dieser Perspektive zwingenderweise als erfolgloses bevölkerungspolitisches Bestreben. Dies schliesst ein temporäres, aber bescheidenes Anwachsen der Fertilität (bis etwa zum Reproduktionsniveau) nicht aus. Es gilt zu bedenken, dass solche Prozesse häufig reine Tempoeffekte sind.[34]

3. Die Teilphasen beschleunigen oder abgebremsten Geburtenrückgangs hängen mit Spannungs- und Funktionstransfers zwischen Staat und Familie zusammen. Die Teilphasen kovariieren ferner mit dem Aufkommen und der Durchsetzung bestimmter bevölkerungs- und familienpolitischer Modelle. Die Übergänge zwischen einzelnen Phasen sind zugleich Zeiten der individuellen und familialen Verunsicherung, was sich am Beispiel des generativen Verhaltens in Form starker kurzfristiger Tempo-Schwankungen verdeutlichen lässt (vgl. Abb. 3).[35] Die Übergangsphasen sind jene Zeiträume, in welchen die von Linde genannten Faktoren eine Intensivierung der Nachwuchsbeschränkung bewirk-

34 Beat Fux, *Determinanten von Komponenten der Fertilität*, Zürich 1989, (unveröffentlichter Schlussbericht zuhanden des Schweizerischen Nationalfonds), S. 94ff und S. 123ff.

35 Zur Berechnung des Indikators vgl. Norman B. Ryder, «Components of Temporal Variation in American Fertility», Robert W. Hiorns, *Demographic Patterns in Developed Societies*, London 1980, S. 25ff und S. 48ff, sowie Beat Fux, *a.a.O.*, S. 87–90. Die kurzfristigen Schwankungen sind der Quotient aus einem Verzerrungsmass von Perioden- und Kohortenfertilität d(t) im Zähler und einem Indikator für die langfristigen Tempoveränderungen im Nenner nämlich gleitende 7jährige Mittelwerte von 1–m(t).



Quelle: Fux 1989

Abbildung 3: Kurzfristige Schwankungen (y[t])

ten. Phase 1 und der Übergang zur Phase 2 sind ausserhalb des untersuchten Zeitraums.

4. Entwicklung der Familienformen

Die Familie ist eine Institution, welche ohne Zweifel stark in langfristige demographische Prozesse involviert ist. Dabei darf nicht übersehen werden, dass unter «Familie» ein Sozialsystem verstanden wird, das im historischen Prozess seine Strukturen verändert hat. Es kann hier nicht darum gehen, die Etappen einer «Sozialgeschichte der Familie» zur Darstellung zu bringen; dies ist in herausragender Art schon geschehen.[36] Vielmehr soll in diesem Abschnitt die These belegt werden, dass die Phasen des säkularen Geburtenrückgangs mit einer Abfolge von Familienformen kovariiert. Bei diesen Familienmodellen handelt es sich um 1) das *paternalistische* Modell (das in den Ausprägungen der bürgerlichen Familie und der proletarischen Familie vorkommt), 2) die *normenintegrierte Kleinfamilie* (Parsonssche Normalfamilie) und 3) die *partnerschaftliche Familie*. Unsere These zielt darauf hin, dass in der Phase 2 (Abb. 3) das paternalistische Modell, in der Phase 3 das Parsonssche Modell dominierte und dass eine Bevölkerungspolitik der Zukunft die partnerschaftliche Familie im Visier behalten müsste.

36 Reinhard Sieder, *Sozialgeschichte der Familie*, Frankfurt 1987.

Die paternalistische Familie kann aus dem Strukturwandel der Industrialisierung rekonstruiert werden (Auslagerung der Arbeit aus dem familialen Kontext). Dieses Familienmodell wäre demzufolge das Ergebnis der Delegation wichtiger Familienfunktionen (wie z.B. der schulischen Sozialisation) an den Staat. Seine Etablierung entschärfte die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der neuen Produktionsweise. Das «goldene Zeitalter der Familie»[37] konnte erblühen, als sich nach 1945 das normative Kleinfamilienmodell durchsetzte. Ehebarrieren fehlten weitestgehend und die Erwünschtheit der neuen Familienform wurde über Normen kontrolliert: Die Familie wurde auf der Norm der *Ehe* begründet, sie war in der Regel eine *lebenslange* Gemeinschaft zweier Personen, wobei zwischen Mann und Frau eine normativ sanktionierte *Arbeitsteilung* herrschte. Der Ehemann war Oberhaupt der Familie, Hauptverdiener und *zuständig für den Aussenbereich,* während die Ehefrau normativ auf die *Hausfrauen- und Mutterrolle* fixiert wurde. Diese Rollenzuschreibungen wurden erst in den 60er Jahren als Machtungleichgewichte wahrgenommen. Der Zweifel an der Gültigkeit dieser Normen bewirkte, dass die Hausfrauen- und Mutterrolle als eintönig, kontaktarm und fremdbestimmt eingeschätzt wurde. Aus diesen Umwertungen erklärt sich das zunehmende Bedürfnis von Frauen, ins Bildungs- und Erwerbssystem integriert zu werden. Erst dies gewährt ihnen wirtschaftliche Unabhängigkeit und personale Entscheidungs- und Handlungsfreiheit.

In demographischer Hinsicht verursacht der mit diesen Stichworten äusserst karg umrissene Individualisierungs- und Emanzipierungsschub Veränderungen des Heirats- und des generativen Verhaltens. Bezüglich des *Heiratsverhaltens* wären Änderungen bei den Lebenszyklusphasen herauszuheben. Die Verlängerung und Verbesserung des Ausbildungsstandes, aber auch die Erwerbsintegration der Frauen begünstigt die Verschiebung des Heiratsalters in spätere Lebensabschnitte wie auch die grössere Variabilität von Familien- und Haushaltsformen. Dieselben Faktoren begünstigen auch das Entstehen und die Verbreitung ausserehelicher Lebensformen.

Bezüglich des Scheidungsverhaltens dürfte von Belang sein, dass Frauen zufolge ihrer Ausbildung und eines eigenen Erwerbseinkommens die Trennung vom Partner und die Auflösung der Familie leichter durchsetzen und die Folgen vergleichsweise leichter tragen können. Die abnehmenden Heiratshäufigkeiten und die Wiederverheiratungsraten hängen mit den erwähnten Faktoren zusammen. Die rapide zunehmenden Scheidungen begünstigen den Trend zur Pluralisierung der Lebensformen, man denke an die Verbreitung neuer Haushaltsformen wie jene der alleinerziehenden Väter und Mütter.

Die Transformation der Familie wirkt sich auch auf das *generative Verhalten* aus. Parallel mit der Verlängerung der Ausbildungsphase wird neben der Heirat auch die Geburt der Kinder zeitlich hinausgeschoben. Die Ausdehnung der vorfamilialen Lebensphase und der aus biologischen Gründen unveränderliche Lebensabschnitt, in welchem Frauen Kinder gebären könne, verkürzt die generative Phase.

37 Reinhard Sieder, *a.a.O.*, S. 243ff.

Das wirkt sich insbesondere auf die rangordnungsspezifische Fertilität aus. So lässt sich belegen, dass diese Lebenszyklus-Veränderungen mit einem überproportionalen Rückgang der «Vielkind»-Familien gegenüber den «Wenigkinder»-Familien einhergeht, was nicht mit einem allgemeinen Geburtenrückgang gleichzusetzen ist (Polarisierungshypothese).[38]

Will man diese Tendenzen des Wandels der Familie resumieren, so lassen sich folgende Trends belegen: a) allgemeine *Pluralisierung* von Haushaltsformen, b) *Individualisierung* der Familie (wodurch insbesondere die Ehefrau eine Aufwertung ihres Rollensets erfährt), c) *Sequenzialisierung* der Familien über die Biographie hinweg (Fortsetzungsfamilien) d) *Retardierung* der Familiengründung in spätere Lebensabschnitte und e) *Polarisierung* des generativen Verhalten.

IV. Eine Typologie bevölkerungspolitischer Strategien

Bislang haben wir den langfristigen Bevölkerungswandel mit vier Tendenzen zu umgrenzen versucht: 1) mit einem *Immigrationsdruck* in Richtung der Industriestaaten. Dieser bleibt langfristig bestehen und dürfte in Zukunft noch ansteigen, 2) mit einer *Alterung* in den westlichen Gesellschaften, 3) mit einem säkularen Trend zur *Nachwuchsbeschränkung*, 4) mit einer Tendenz zu individuenorientierten, *partnerschaftlichen* Familienformen.

Bevor wir daraus eine Typologie bevölkerungspolitischer Strategien entwickeln, die Strategien mit historischen Erfahrungen einzelner europäischer Länder konfrontieren und daraus ein bevölkerungspolitisches Szenario für die Schweiz vorschlagen, gilt es die oben angekündigte Skizze einer diskurstheoretischen Deutung des langfristigen Bevölkerungswandels zu erstellen.

Die These von der Abfolge dreier Familienmodelle lässt sich zur These generalisieren, dass sich im Geschichtsprozess drei Bevölkerungsweisen oder generative Strukturen gefolgt sind, die mit historisch einmaligen makrokulturellen und makrostrukturellen Faktor-Konstellationen in Zusammenhang gebracht werden können. Der Bevölkerungsprozess kann analytisch in folgende Schritte zerlegt werden:

1. Historisch einmalige *Konfliktlagen* (Makrostruktur) zwischen den Sozialsystemen Staat und Familie sind der Bezugspunkt, auf welchen sich alle politischen Akteure beziehen, wenngleich auf sehr unterschiedliche Weise. Diese Konfliktlagen determinieren den Bevölkerungswandel.

2. Mit diesen makrostrukturellen Konfliktlagen korrespondieren historisch ebenso einmalige *Makrokulturen* oder *Denkstile*.[39]

38 Beat Fux, *a.a.O.*, Zürich 1989 (mimeo), S. 117–122.

39 «Denkstil» verstehen wir im Sinne Karl Mannheim. «Wir sprechen von einem *Denkstil* im Gegensatz zur blossen Differenz der Denkrichtungen, wenn es sich bei der wahrgenommenen Verschiedenheit im Denken nicht nur um theoretische Differenzen handelt, sondern wenn hinter der aufweisbaren theoretischen Verschiedenheit eine Verschiedenheit der dahinterstehenden Weltanschauungstotalitäten steht; und wenn, was noch wichtiger ist, eine verschiedene Einstel-

3. Die jeweilige Deutung der makrostrukturellen Konfliktlage aus der Perspektive der auf sie bezogenen Denkstile präformiert in demographischer Hinsicht die entsprechenden *Bevölkerungspolitiken*. Mit anderen Worte liesse sich dieser Sachverhalt dahingehend ausdrücken, dass die makrostrukturellen Konfliktlagen und Bevölkerungsweisen mit den Bevölkerungspolitiken korrespondieren. Die Auswirkungen bevölkerungspolitischen Engagements können letztlich nur aus dieser Konstellation heraus erklärt werden. Das ermöglicht nun eine ex ante Evaluation einer zukunftsorientierten Bevölkerungspolitik.

4. Diese policies erweisen sich andererseits aber auch als Resultat oder Konsens individueller oder familialer Überzeugungen und Handlungsweisen. Makro- und Mikroebene sind somit aufeinander bezogen. Dadurch, dass Bevölkerungspolitiken die individuellen Konfliktsituationen in demographischen oder familialen Handlungszusammenhängen entschärfen, tragen sie zur Konsolidierung *neuer Bevölkerungsweisen* sowie diesen angemessenen *Familienformen* bei. Spannungsgeladene Phasen als auch Phasen mit konsolidierten Bevölkerungsweisen lassen sich anhand einzelner Komponenten der generativen Struktur (z. B. der Fertilität) wie auch auf Ebene des Wandels der Familienformen beobachten und begrenzen.

5. In jeder dieser bevölkerungs- und familienbezogenen Politiken liegt gleichzeitig in nuce auch der *Grund für neue Konfliktlagen*, womit sich der Kreislauf schliesst. Diese in jeder Bevölkerungspolitik nachweisbare *Amphibolie* trägt dazu bei, dass der makrokulturelle Konsens nach und nach erodiert und in eine neue Übergangsphase führt.

Dieser theoretisch postulierte Kreislauf hat sich unseres Erachtens in den letzten ca. 100 Jahren dreimal wiederholt (vgl. Abb. 4). Wir wollen diesen Prozess nun in aller Kürze erörtern.

Zentraler *makrostruktureller Konflikt* in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und um die Jahrhundertwende war der Klassenantagonismus. Sämtliche politischen Fraktionen waren einem *etatistischen* Denkstil verpflichtet. Aus dem Geist dieses makrokulturellen Denkstiles entstanden so wichtige politische Werke wie das *Zivilrecht*, welches auf positiv-rechtlicher Ebene dem bürgerlichen Familienmodell zum Durchbruch verhelfen sollte. Ferner haben das *Arbeitsrecht* und insbesondere die Fabrikgesetzgebung zur Entschärfung des Klassenantagonismus beigetragen. Dem etatistischen Denkstil entspricht weiter die Einführung des *Schulobligatoriums*, das einen wichtigen Beitrag darstellte, die familiale Belastung durch Transfer der Sozialisationsfunktion von der Familie an den Staat zu reduzieren. In bevölkerungspolitischer Hinsicht nähren sich auch der *Neomalthusianismus* und die *Emigrationspolitik* aus dem gleichen Denkstil. Die *Amphibolie* dieses Denkstiles

lung und eine verschiedene seinsmässige Beziehung zu dem zu erkennenden Gegenstande aufweisbar ist.» Karl Mannheim, *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*, Frankfurt 1984, S. 227, (Anmerkung 5).

erkennen wir in der Intention vertikale Solidarität, oder, wie man auch sagen könnte, politische Systemsicherheit zu erwirken. Dieser Zielvorstellung steht die Disziplinierung des Einzelnen gegenüber. Die disziplinierende Eigenart des Etatismus fand etwa im paternalistischen Familienverständnis ihren Ausdruck. Der «Glaube» in herrschaftliche Beziehungsformen wurde in den 20er und frühen dreissiger Jahren zunehmend fragwürdiger. Die vehementen kurzfristigen Fluktuationen beim generativen Verhalten deuten wir als Ausdruck der wachsenden Zweifel an diesem Denkstil und Unsicherheiten auf der Verhaltensebene. Lösung verheisst ein neuer Denkstil, den wir mit *Familialismus* überschreiben.

Der familialistische Denkstil antwortet auf einen makrostrukturellen Konflikt, der nicht mehr im Klassenantagonismus liegt, sondern im Bedürfnis gründet, die erreichte Systemsicherheit zu konsolidieren. Konservatismus vs. Fortschrittsoptimismus kann als wichtigste Konfliktlinie erkannt werden. Das politische Handeln setzt im Unterschied zum Etatismus nicht mehr beim Staat ein, sondern setzt die Familie in den Brennpunkt politischen Agierens. Dem entspricht, dass die Zielvorstellung Geborgenheit (Gemeinschaft) realisiert werden sollte. Ausdrucksformen des Familialismus ist die Unter-Schutz-Stellung der Familie, nota bene eine Institution, welche das einzelne Individuum über Normen ins familiale und indirekt ins politische System integrieren möchte. Daraus erhellt sich das Interesse an horizontaler Gerechtigkeit. Der *Familienlastenausgleich* stellte eine wichtige policy dar, aber auch die *Zivilstandspolitik*, das Interesse an *natalistischen* Strategien oder der *Import von Gastarbeitern* wären weitere bevölkerungspolitische Arrangements, die sich letztlich diesem Geist des Familialismus verdanken. Der Baby-Boom der Nachkriegszeit kann als langfristiger Erfolg der Konsolidierung dieses Denkstils und der damit korrespondierenden Bevölkerungsweise bezeichnet werden. Wenn die Herstellung und Garantie von Geborgenheit mittels Familienpolitik und im Rahmen familialer Systeme den einen Pol der Amphibolie dieses Denkstils ausmacht, so steht diesem eine stark normierende Tendenz gegenüber. Die kollektive Erfahrung des Zwangs starrer Normen wird konsequenterweise in den späten 60er und 70er Jahren immer stärker thematisiert. Wiederum lassen sich auf dem demographischen Indikator der kurzfristigen Schwankungen des generativen Verhaltens starke Pendelschläge ausmachen, was erneut auf eine zunehmende Unsicherheit schliessen lässt. Die Normenproblematik avanciert damit zur neuen dominanten Konfliktlinie.

In dieser Übergangsphase gewinnt der *individualistische* Denkstil an Überzeugungskraft. Er stellt das Einzelwesen in den Brennpunkt politischen Handelns und ist betrebt, durch die Vergrösserung individueller Handlungsspielräume Selbstsicherheit der Einzelnen zu erwirken. Der neue Denkstil stellt nicht nur die normativen Zwänge der Parsonsschen Familie in Frage, sondern intendiert vor allem auch die zunehmende Integration der Frau ins Bildungssystem und ins Erwerbsleben. Die Kritik an der alleinigen Gültigkeit einer Familienform, welche über die Ehe institutionalisiert wird, eine rationalere Familienplanung, aber ebenso der Drang hin zu konsumistischen und hedonistischen Lebensweisen, sind Epiphänomene dieses Wandels im politischen Denkstil. Viele der in der Schweiz seit anfangs der 70er Jahre wieder in den Diskurs gelangenden familien- und bevölkerungspoliti-

Makrostruktureller Konflikt	Denkstil (Makrokultur)	Politische Zielvorstellung	Bevölkerungspolitik	Bevölkerungsweise	Familienform	Amphibolie
Klassenantagonismus	Etatismus: Arbeitsrecht, Zivilrecht, Schulobligatorium,	Beim Staat ansetzende Sozialtechnologie	Neomalthusianismus, Auswanderungspolitik	späte Heirat, Geburtenbeschränkung,	paternalistische Familie (bürgerlich/proletarisch),	Systemsicherheit vs. Disziplinierung
Fortschrittsproblematik	Familialismus: Lastenausgleich, Familienschutz,	Bei der Familie ansetzende "Geborgenheitspolitik" (Gemeinschaft)	Natalismus, Zivilstandspolitik, Gastarbeiterpolitik	frühe Heirat, Baby-Boom,	normenintegrierte Kleinfamilie,	Geborgenheit vs. Normierung
Normative Verunsicherung	Individualismus: Emanzipation der Frau, Bildungs- und Erwerbsintegration,	Politik der individuellen Sicherheit und Freiheit	Frauenpolitik, Sozialpolitik für das Kind	späte Heirat, Geburtenbeschränkung (Polarisierung),	partnerschaftliche Familie,	individuelle Sicherheit vs. Zivilisierung

Abbildungen 4: Der Prozess des sozialen und demographischen Wandels

schen Konzeptionen tragen den Stempel dieses neuen Denkstils.[40] Die Forderungen nach einer individuenorientierten *Fiskalpolitik* (Splitting bei Ehegatten), nach der *rentenpolitischen* Anrechnung von Erwerbsunterbrüchen (Drei-Phasen-Modell), welche die Hausarbeit aufwerten und Frauen eine grössere wirtschaftliche Autonomie garantieren soll, der Wunsch nach Einrichtungen, welche die *Vermittlung von Erwerbstätigkeit und familiale Arbeit* erleichtet (z. B. Tagesstätten, Teilzeitjobs) sind als Belege anzuführen. Ebenso entspricht das *partnerschaftliche* Familienmodell dem Individualismus, insofern es sowohl eheliche Machtunterschiede als auch starre familiale Normen in Zweifel zieht. Das impliziert vor allem auch einen Wandel der Rolle des Mannes in Familie und Gesellschaft. Abbildung 4 resumiert den sozialen und demographischen Wandel aus dem Horizont unseres Ansatzes.

Setzt man die erwähnten vier *demographischen Tendenzen*[41] in einen Zusammenhang mit den dominanten *politischen Orientierungen*, so lässt sich durch Kreuztabellierung der antizipierbaren demographischen Probleme einerseits und der dominanten Denkstile *(Etatismus, Familialismus und Individualismus)* eine Typologie der bevölkerungspolitischen Strategien entwickeln (vgl. Abb. 5). Obwohl wir die

40 Eine Auswahl: Silvia Grossenbacher, *Familienpolitik und Frauenfrage in der Schweiz*, Grüsch 1987; Kurt Lüscher, *Sozialpolitik für das Kind, Frankfurt*, Berlin, Wien 1985 und ders.: 1988, *a.a.O.*, Gabriele Rolf, «Individualorientierte soziale Sicherung von Frauen unter familienpolitischen Aspekten», in Gert Wagner, Notburga Ott und Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny: *Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel*, S. 265–280.

41 In unserer Darstellung wird im Fortgang der Argumentation der Wandel der Familienform und der Geburtenrückgang nicht weiter differenzeirt.

Problem / Denkstil	Migrationsdruck	Alterung	Geburtenrückgang
Etatismus sozialtechnologisch orientiert	**Entwicklungspolitik** (nationale Integration) **Neomalthusianismus** **Migrationsstop-politik**	**Sozialpolitik** (Anpassung des Pensions-alters) **Immigrationspolitik**	**Natalistische Politik** **Bevölkerungspolitik i. e. S.**
Familialismus Geborgenheits-orientiert	**Familienplanung** **Familienberatung**	**Fertilitätsorientierte Politik**	**Familienorientierte Sozialpolitik** **Familienlasten-ausgleich**
Individualismus Individuum-orientiert	**Assimilations- und Integrationspolitik** (individuelle Integration)	**Gesundheitspolitik**	**emanzipatorische Familienpolitik**

Abbildung 5: Typologie bevölkerungspolitischer Strategien nach Problemlagen

drei Denkstile *idealtypisch* jeweils einer makrokulturellen *historischen* Formation zugeordnet haben (sie weisen Affinitäten zu den politisch-kulturellen Kräfte-Verhältnissen auf; der Etatismus hat eine Affinität zur sozialistischen politischen Kultur, der Familialismus zu konservativen politisch-kulturellen Vorstellungen und zwischen dem Individualismus und liberalistischen politisch-kulturellen Deutungsmustern kann eine ebensolche Affinität vermutet werden[42]), sind alle drei Denkstile *in Wirklichkeit* auch über die Zeit hinweg in den bevölkerungspolitischen Diskurs involviert. Das rechtfertigt ihre Verwendung zur Konstruktion der vorgeschlagenen Typologie. Mit anderen Worten heisst dies auch, dass die drei Denkstile nicht entwicklungstheoretisch zu interpretieren sind, sondern als *ungerichtete* Abfolge von Modellen.

Innerhalb der bevölkerungspolitischen Strategien gibt es viele interdependente Zusammenhänge, die zu diskutieren den Rahmen unseres Beitrages bei weitem sprengen würde. Stattdessen gehen wir dazu über, im Theoriehorizont unseres Ansatzes die paradigmatischen bevölkerungspolitischen Konzeptionen einiger Länder zu diskutieren, um daraus ein Szenario für die bevölkerungsmässige Zukunft der Schweiz zu erarbeiten.

42 Bezüglich dieser Affinitäten im allgemeinen vgl.: Georg Schwägler, *Soziologie der Familie, Ursprung und Entwicklung*, Tübingen 1975; Max Wingen, Unterschiedliche Grundmuster von Familienpolitik und gesellschaftlicher Wandel, Kurt Lüscher, Franz Schultheis und Michael Wehrspaun, *Die «postmoderne» Familie: familiale Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit*, Konstanz 1988, S. 353–363; Wingen unterscheidet zwischen vier Grundmustern der Familienpolitik: «Ein auf den Einzelnen und seine Bedürfnisse ausgerichtetes Grundmuster», «ein gesamtgesellschaftlich akzentuiertes Grundmuster», «ein familienzentriertes Grundmuster» sowie «ein am Menschen als personalem Wesen orientiertes Grundmuster»; bezüglich des Begriffes *Familialismus*, vgl. insbesondee: Ron Lesthaeghe & Dominique Meekers, «Value Changes and the Dimensions of Familialism in the European Community», *European Journal of Population*, 2 (1986), S. 225–268; Kurt Lüscher, «Familienpolitik im liberalen Kleinstaat:

V. Bevölkerungspolitische Strategien europäischer Staaten

Wir diskutieren die Bevölkerungspolitiken Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland und Schwedens. Frankreich kann als paradigmatisch für seine familialistische Konzeption betrachtet werden. Diese Konzeption ist eingebettet in eine gesellschaftpolitische Lehre,[43] die sich bis auf den heutigen Tag in einem starken öffentlichen Bekenntnis zur gesellschaftlichen Bedeutung der Institution Familie manifestiert. Die französische «politique familiale» ist das Resultat ideologischer Auseinandersetzungen zwischen Natalisten und Familialisten, wobei letztere ihre Sichtweise im Code de la Famille von 1939 umfassend in Geltung bringen konnten. Dieses familenpolitische Werk symbolisiert, dass die Familie gleichsam selbstverständlich als konstitutives Moment der französischen Gesellschaft anerkannt wurde.[44] Die Wirkungen der auf diesem Code begründeten Massnahmen sind weniger in der Erhöhung der Geburtenziffern als vielmehr bei indirekten Effekten sozialpolitischer und frauenpolitischer Art, sowie in der vergleichsweise starken Legitimation und Sedimentierung familienbezogener Werte zu suchen. Franz-Xaver Kaufmann vertritt die These, dass der französische Familialismus die zentrale Denkfigur anlässlich der anstehenden Lösung der ‹sozialen Frage› war, dass somit die ‹Familienfrage› eine analoge Bedeutung erlangt hat wie die ‹Arbeiterfrage› in Deutschland (etatistisch) oder die ‹Armutsfrage› in England.

Im Vergleich zu Frankreich darf Schweden wohl als das Paradigma einer *individualistischen* Bevölkerungspolitik gelten. Die schwedische Konzeption geht wesentlich zurück auf die Untersuchungen von Gunnar und Alva Myrdal,[45] welche die Steigerung der Geburtenziffern mit der Schaffung von Geburtenkontrollkliniken verkoppelten (diesen Klinikern oblag die Beratung in Fragen der Kontrazeption und der Verteilung der Mittel dazu). Schweden gründete seine Bevölkerungspolitik auf dem Prinzip der freiwilligen Elternschaft. Die einschlägigen Massnahmen waren darauf hin angelegt, die wirtschaftlichen, sozialen und medizinischen Hin-

Das Beispiel der Schweiz», Charlotte Höhn, Wilfried Linke & Rainer Mackensen (Hsg.), *Demographie in der Bundesrepublik Deutschland – Vier Jahrzehnte Statistik, Forschung und Politikberatung*, Wiesbaden 1988, S. 207–218; Rémy Lenoir, «L'effondrement des bases du familialisme», *Actes de la Recherche en sciences sociales*, Nr. 57/58, Paris 1985, S. 69–88 sowie ders.: «Transformations du familialisme et reconversions morales», *Actes de la Recherce en sciences sociales*, Nr. 59, Paris 1985, S. 3–48; Orvar Löfgren, «The Sweetness of Home: Trautes Heim. Veränderungen des Familienideals in Schweden während des 20. Jahrhunderts», Peter Borscheid & Hans J. Teuteberg, *Ehe, Liebe, Tod, Studien zur Geschichte des Alltags*, Münster 1983; Franz Schultheis, *Sozialgeschichte der französischen Familienpolitik*, Frankfurt, New York 1988.

43 Vgl. Frédéric Le Play, *L'organisation de la Famille*, Paris 1971 und die an diesen frühen Familiensoziologen anknüpfende Schule, welche den Diskurs in Frankreich sehr stark geprägt hat.

44 Franz Schultheis, *a.a.O.*: Vgl. ferner Franz Schultheis, «Die pronatalistische Bevölkerungspolitik in Frankreich», Herwig Birg; Rainer Mackensen und Dirk Jan van de Kaa: *a.a.O.*, sowie Charlotte Höhn und Hermann Schubnell, «Bevölkerungspolitische Massnahmen und ihre Wirksamkeit in ausgewählten europäischen Industrienationen», *Zeitschrift für Bevölkerungsforschung*, 1 (1986), S. 12–33.

45 Gunnar und Alva Myrdal, *Krisis in der Bevölkerungsfrage (Kris i Bevölkningsfrågen)*, 1934.

dernisse abzubauen, welche der Geburt von Kindern entgegenstehen.[46] Die getrennte Besteuerung der Ehegatten im schwedischen Fiskalrecht, die liberale Regelung beim Schwangerschaftsabbruch, kinderfreundliche Massnahmen im öffentlichen Bereich, frauenfreundliche Urlaubs- und Betreuungsregelungen sind die wichtigen Komponenten dieser Strategie. Die Auswirkungen dieser Bevölkerungspolitik dürfte wiederum nicht in der Erhöhung der Geburtenzahlen zu suchen sein, sondern eher darin, dass das partnerschaftliche, nicht ausschliesslich über die Ehe integrierte Familienmodell sich viel stärker durchgesetzt hat als in anderen europäischen Staaten. Damit dürften im Sinne indirekter Effekte die sehr hohen ausserehelichen Geburtenziffern zusammenhängen, sowie die Tatsache, dass dieses Land die Phase des Geburtenrückgangs seit 1965 heute weitgehend beendet hat und sein Fertilitätsniveau konsolidieren konnte.

Will man die Bevölkerungspolitik der BRD als Muster für eine *etatistische* Vorgehensweise verstehen, so gilt es vorauszuschicken, dass die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus den Diskurs in Deutschland in starkem Ausmass geprägt haben. Eine Zurückhaltung bis hin zur Tabuisierung[47] bevölkerungspolitischer Themen darf aber nicht übersehen lassen, dass unter dem Begriff der Familienpolitik durchaus auch bevölkerungspolitische Steuerung betrieben wird. Die Tatsache aber, dass die Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung gestellt wird, und dass sich die Ziele der Familienpolitik aus der Sozialstaatsklausel ableiten[48], rechtfertigt unseres Erachtens eine solche Zuordnung. Die Massnahmen familien- und bevölkerungspolitischer Art gruppieren sich folglich um die Themen des Familienlastenausgleichs, des Sozialversicherungsrechts und des Mutterschutzes im Arbeitsrecht und werden somit letztlich als sozialpolitische Fragestellungen behandelt. Die langfristigen Auswirkungen dieser Strategie manifestieren sich in vergleichsweise tiefen Nettoreproduktionsraten sowie darin, dass eine Stabilisierung der Fertilität auf dem aktuellen Niveau nicht zu beobachten ist.

Diesen Abschnitt abschliessend gilt es zu erwähnen, dass die Aus- und Wechselwirkungen von soziostruktureller Entwicklung, Denkstilen, welche die nationalen Bevölkerungspolitiken präformieren, und der demographischen Langzeitentwicklung noch wenig erforscht und quantifiziert sind. Unsere Ausführungen haben demnach eher den Charakter von soziologisch und sozialhistorisch begründeten Erwägungen. Dies schliesst aber unseres Erachtens nicht aus, im Hinblick auf die Fragestellung nach der Zukunft des Staates in bevölkerungsmässiger Hinsicht diesen Ansatz als Grundlage zu nehmen für eine zukunftsorientierte bevölkerungspolitische Konzeption.

46 Charlotte Höhn und Hermann Schubnell, *a.a.O.*, S. 42–51.

47 Peter Marschalk, *Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt 1984, S. 114; Karl Schwarz, «Demographische Wirkungen der Familienpolitik in Bund und Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg», *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 4 (1987), S. 412.

48 Karl Schwarz, *a.a.O.*, S. 412.

VI. Szenario für eine künftige schweizerische Bevölkerungspolitik

(Auch) in der Schweiz wird sich langfristig die Bevölkerungsproblematik verschärfen. Immigrationsdruck, Alterung, tiefe Fertilität und familiale Verunsicherung wären zentrale Aspekte, denen sich die Bevölkerungspolitik wird widmen müssen. Im Rahmen geschlossener staatlicher Systeme besteht wenig Aussicht diese Probleme zu lösen. Eine starke Erhöhung der Fertilität kann mit einiger Sicherheit ausgeschlossen werden, stellt doch der Geburtenrückgang ein säkulares Phänomen dar, das aus der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung erklärbar ist. Binnensystemisch lassen sich aber mit den Mitteln der Familienpolitik die Polarisierungstendenzen beim generativen Verhalten, die mitunter das Ergebnis familialer Konflikte sind, entschärfen. Dies dürfte eine leichte langfristige Erhöhung auf etwa das Reproduktions-Niveau ermöglichen. Die Entschärfung dieser Konfliktlage müsste die Bedürfnisse einzelner Familien-Mitglieder, insbesondere jene der Frauen, ins Zentrum politischen Agierens stellen. Das heisst auf einer abstrakteren Ebene, dass Strategien, welche auf dem individualistischen Denkstil beruhen, den Rahmen für politisches Handeln abstecken. Die einzelnen Familienmitglieder müssten als «eigenständige Systeme» gefördert werden. Konkret hiesse dies etwa, dass die Rolle des Mannes verändert würde, dass die soziale Sicherung der Frau modifiziert und insbesondere die Nicht-Erwerbstätigkeit rentenpolitisch honoriert werden müsste. Weiter wäre zu erwirken, dass das bislang ausschliesslich Frauen angelastete «Risiko» der Kindererziehung auf beide Geschlechter verteilt würde. Das würde aber Verhaltensänderungen von Männern und Frauen in Richtung einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung in Beruf und Familie verlangen, was wiederum auf ein weites politisches Handlungsfeld verweist (Tagesstätten, Teilzeitjobs etc.). Auch dadurch, dass an die Stelle zivilstandsorientierter sozialpolitischer Leistungen Transfers treten, welche auf dem Tatbestand der Kindererziehung gründen, könnten familiale Spannungen entschärft, und Hindernisse, welche die Realisierung vorhandener Kinderwünsche einschränken, beseitigt werden. Langfristig würde dies die Konsolidierung einer Bevölkerungsweise mit sich bringen, die auf einer partnerschaftlichen Familienform fusst. Soviel zum binnensystemischen Steuerungshandeln. Selbst die restlose Beseitigung erwähnter Spannungen würde einen langfristigen Bevölkerungsrückgang und eine Alterung nicht aufhalten können. Um die Folgeprobleme dieser Entwicklung zu reduzieren, wäre eine doppelte Strategie vonnöten: Einerseits könnte durch Forcierung der Entwicklungspolitik der demographische Übergang in den unterentwickelten Regionen der Welt beschleunigt und damit langfristig das Weltbevölkerungswachstum eingedämmt werden. Mittelfristig könnte mit einer gezielten Integrationspolitik von Immigranten in den Industrienationen ein stationäres Gleichgewicht der Bevölkerung erreicht oder zumindest bewirkt werden, dass der Übergang in die Phase abnehmender Bevölkerungen moderater und weniger bruchartig vorstatten ginge. Gegen eine Immigrationspolitik spricht allerdings, dass die Akzeptanz für Politiken, welche bei der Migration einsetzen, heute nicht gewährleistet ist. Es kann aber vermutet werden, dass die Konsolidierung einer neuen Bevölkerungsweise, die auf einer partnerschaftlichen

Familienform beruhte, das Klima für eine solche integrative Migrationspolitk begünstigte.[49]

Sofern unsere Hypothesen sich bewähren werden, wird die Überprüfung und Konkretisierung der hier zwangsläufig nur grob umrissenen Ideen – das darf nicht vergessen werden – eine Aufgabe darstellen, welcher sich die sozial- und politikwissenschaftlich inspirierte Bevölkerungsforschung inskünftig wohl mit zunehmendem Ausmass wird stellen müssen.

Bibliographie

Bickel, Wilhelm: Zur neueren Entwicklung der ehelichen Fruchtbarkeit und Fruchtbarkeitsunterschiede in der Schweiz, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 1958, S. 440–458.

Birg, Herwig; Mackensen, Rainer & van de Kaa, Dirk Jan (Hsg.): Demographische Wirkungen politischen Handelns, Frankfurt und New York 1990.

Borscheid, Peter & Teuteberg, Hans J.: Ehe, Liebe, Tod. Studien zur Geschichte des Alltags, Münster 1983.

Bürgisser-Peters, Petra: Staatliche Altersvorsorge: Solidarität in jeder Hinsicht, in: Frey, René und Leu, Robert: Sozialstaat unter der Lupe, Basel 1988, S. 207–233.

Coale, Ansley J. & Watkins, Susan Cotts (Hsg.): The Decline of Fertility in Europe. The Revised Proceedings of a Conference on the Princeton European Fertility Project, Princeton, New Jersey 1986.

Council of Europe: Recent demographic developments in the member states of the Council of Europe, Strasbourg 1988.

Emmer, Piet: Migration und Expansion. Die europäische koloniale Vergangenheit und die interkontinentale Völkerwanderung, in: Reformatio. Evangelische Zeitschrift für Kultur, Politik, Kirche, 3(1989), S. 183–191.

Frey, René und Leu, Robert: Sozialstaat unter der Lupe, Basel 1988.

Fux, Beat: Determinanten von Komponenten der Fertilität, Zürich 1989, (unveröffentlichter Schlussbericht zuhanden des Schweizerischen Nationalfonds).

Gorz, André: Abschied vom Proletariat; Jenseits des Sozialismus, Frankfurt 1980.

Grossenbacher, Silvia: Familienpolitik und Frauenfrage in der Schweiz, Grüsch 1987.

Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim & Fux, Beat: Present Demographic Trends, Strasbourg 1990, in Druck.

Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim: Weltmigration – eine soziologische Analyse, in: Kälin, Walter & Moser, Rupert (Hsg.): Migrationen aus der Dritten Welt. Ursachen und Wirkungen, Bern 1989, S. 29–40.

Höhn, Charlotte; Linke, Wilfried & Mackensen, Rainer (Hsg.): Demographie in der Bundesrepublik Deutschland – Vier Jahrzehnte Statistik, Forschung und Politikberatung, Wiesbaden 1988.

Höhn, Charlotte und Schubnell, Hermann: Bevölkerungspolitische Massnahmen und ihre Wirksamkeit in ausgewählten europäischen Industrienationen, in: Zeitschrift für Bevölkerungsforschung, 1/2(1986), S. 3–51 und 185–219.

Höpflinger, François: Sozialer Wandel und soziale Sicherheit, unizürich Nr. 6 (1989), S. 15–17.

Interdepartementale Strategiegruppe EJPD/EDA/EVA: Strategien für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der 90er Jahre, Bern 1989.

49 Auf einer konkreteren Ebene haben beispielsweise Silvia Grossenbacher, *Familienpolitik und Frauenfrage*, Grüsch 1987, S. 188ff, Petra Bürgisser-Peters, «Staatliche Altersversorge: Solidarität in jeder Hinsicht», René Frey und Robert Leu, *Sozialstaat unter der Lupe*, Basel 1988, S. 227ff oder Gabriele Rolf, *a.a.O.*, S. 281ff entsprechende Strategien weiter ausdifferenziert.

Kälin, Walter und Moser, Rupert (Hsg.): Migrationen aus der Dritten Welt. Ursachen und Wirkungen, Bern 1989.
Kaufmann, Franz-Xaver: Sozialpolitik und Bevölkerungsprozess, in: Birg, Herwig; Mackensen, Rainer & van de Kaa, Dirk Jan (Hsg.): Demographische Wirkungen politischen Handelns, Frankfurt & New York 1990.
Kommission Bevölkerungspolitik (Hsg.): Sterben die Schweizer aus? Die Bevölkerung der Schweiz: Probleme, Perspektiven, Politik, Bern und Stuttgart 1985.
Leisinger, Klaus M.: Hoffnung als Prinzip. Analysen und Thesen zum Bevölkerungswachstum, Zürich 1989.
Le Play, Frédéric: L'organisation de la Famille, Paris 1971.
Lenoir, Rémy: L'effondrement des bases du familialisme, in: Actes de la Recherche en sciences sociales, Nr. 57/58, Paris 1985, S. 69–88.
Lenoir, Rémy: Transformations du familialisme et reconversions morales, in: Actes de la Recherche en sciences sociales, Nr. 59, Paris 1985, S. 3–48.
Lesthaeghe, Ron & Meekers, Dominique: Value Changes and the Dimensions of Familialism in the European Community, in: European Journal of Population, 2(1986), S. 225–268.
Linde, Hans: Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800 bis 2000, Frankfurt und New York 1984.
Löfgren, Orvar: The Sweetness of Home: Trautes Heim. Veränderungen des Familienideals in Schweden während des 20. Jahrhunderts, in: Borscheid, Peter & Teuteberg, Hans J.: Ehe, Liebe, Tod. Studien zur Geschichte des Alltags, Münster 1983.
Lüscher, Kurt: Familienpolitik im liberalen Kleinstaat: Das Beispiel der Schweiz, in: Charlotte Höhn, Wilfried Linke & Rainer Mackensen (Hsg.): Demographie in der Bundesrepublik Deutschland – Vier Jahrzehnte Statistik, Forschung und Politikberatung, Wiesbaden 1988, S. 207–218.
Lüscher, Kurt; Schultheis, Franz & Wehrspaun, Michael: Die «postmoderne» Familie: familiale Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit, Konstanz 1988.
Lüthi, Ambros: Die postindustrielle demographische Transformation: Ein Modell der demographischen Zukunft der Schweiz?, Freiburg/Schweiz 1986.
Mackenroth, Gerhard: Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1953.
Mannheim, Karl: Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens, Frankfurt 1984.
Marschalk, Peter: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1984.
Mayer, Kurt: Bevölkerungslehre und Demographie, Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 4, Komplexe Ansätze, Stuttgart 1974.
Myrdal, Gunnar und Alva: Krisis in der Bevölkerungsfrage (Kris i Bevolkningsfrågen), 1934.
Paillat, Paul: Old Age and Population Ageing: The European Experience. Vortrag gehalten an der International Population Conference on Ageing of Population in Developed Countries: Causes, Consequences and Policies, Prag 3–7 Juli 1989, mimeo.
Penninx, Rinus: International migration in Europe: developments, mechanisms and controls, in: Birg, Herwig; Mackensen, Rainer & van de Kaa, Dirk Jan (Hsg.): Demographische Wirkungen politischen Handelns, Frankfurt und New York 1990.
Rolf, Gabriele: Individualorientierte soziale Sicherung von Frauen unter familienpolitischen Aspekten, in: Wagner, Gert; Ott, Notburga & Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim: Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel, Berlin 1989, S. 281–301.
Schultheis, Franz: Die pronatalistische Bevölkerungspolitik in Frankreich, in: Birg, Herwig; Makkensen, Rainer und van de Kaa, Dirk Jan, Frankfurt, New York 1990.
Schultheis, Franz: Sozialgeschichte der französischen Familienpolitik, Frankfurt, New York 1988.
Schwägler, Georg: Soziologie der Familie. Ursprung und Entwicklung, Tübingen 1975.
Schwarz, Karl: Demographische Wirkungen der Familienpolitik in Bund und Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 4(1987), S. 409–450.
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen (Hsg.), Grundlagen für eine Schweizerische Bevölkerungspolitik, Zollikofen 1981.
Sieder, Reinhard: Sozialgeschichte der Familie, Frankfurt 1987.

United Nations: Les perspectives d'avenir de la population mondiale évaluée en 1973, Etudes démographiques Nr. 60, New York 1979.

Valkovics, Emil: Population Ageing in Perspective; Past and Future trends. Vortrag gehalten an der International Population Conference on Ageing of Population in Developed Countries: Causes, Consequences and policies, Prag 3–7 Juli 1989, mimeo.

Wagner, Gert; Ott, Notburga & Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim: Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel, Berlin 1989.

Wattelar, Christine: General Review of the Demographic Situation and Trends in Europe, Strasbourg 1982.

Wingen, Max: Grundfragen der Bevölkerungspolitik, Stuttgart 1975.

Wingen, Max: Unterschiedliche Grundmuster von Familienpolitik und gesellschaftlicher Wandel, in: Lüscher, Kurt; Schultheis, Franz & Wehrspaun, Michael (Hsg.): Die «postmoderne» Familie: familiale Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit, Konstanz 1988, S. 353–363.